

Terror des Hungers

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 wurden in mehrfacher Hinsicht als Menetekel für die Brüchigkeit der bestehenden Weltordnung gedeutet. Bundespräsident Johannes Rau nannte drei Tage später in seiner Rede am Brandenburger Tor „Armut und Ausbeutung, Elend und Rechtlosigkeit“ als strukturellen Hintergrund des Terrorismus. Wer die Situation in Ländern der sogenannten Dritten Welt kennt, der weiß, daß extreme soziale Ungerechtigkeit der Nährboden für Gewalt sein kann. Dies läßt sich auf die globale Ebene übertragen. Die jährlichen Berichte des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen lassen wenig Zweifel daran, daß die Globalisierung die Kluft zwischen den armen und den reichen Ländern vertieft hat. Lag der Einkommensunterschied zwischen dem reichsten und dem ärmsten Fünftel der Weltbevölkerung 1960 noch in einem Verhältnis von 30 zu eins, so beträgt er heute 74 zu eins. Der Reichtum von 358 Milliarden übersteigt das Gesamteinkommen der armen Länder, in denen fast 45 Prozent der Weltbevölkerung leben.

Der größte Skandal unserer Zeit bleibt der Hunger. Im 20. Jahrhundert sind weit mehr Menschen Opfer von Hunger als von Kriegen geworden. Experten weisen seit langem darauf hin, daß eine Überwindung des Hungers technisch möglich wäre, daß es aber dafür am politischen Willen fehlt. Auch heute noch leiden 828 Millionen Menschen an schwerer, permanenter Unterernährung, jeden Tag verhungern über 30 000 Menschen, davon rund 20 000 Kinder. In Afrika hungern 35 Prozent der Bevölkerung. Günter Grass hat in diesem Zusammenhang die Art und Weise, wie wir Tote zählen, als ständige Beleidigung der Toten in den Staaten der Dritten Welt bezeichnet: „Wenn wir nicht lernen, diese Toten als gleichwertige Tote zu sehen, werden wir den Kampf für unsere eigenen demokratischen Grundrechte verlieren.“

Dabei hat es in den vergangenen Jahrzehnten nicht an Anstrengungen gefehlt, den Hunger zu überwinden. Im Welpakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen vom 16. Dezember 1966 erkennen die Vertragsstaaten das Recht auf ausreichende Ernährung als ein grundlegendes Menschenrecht an. Sie verpflichten sich, auf dem Weg internationaler Zusammenarbeit Schritte zu einer ausreichenden Produktion und einer gerechten Verteilung der Nahrungsmittel zu unternehmen. Das wichtigste internationale Organ dafür ist die 1945 gegründete Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) mit ihren Unterorganisationen (WFP und IFAD), der heute 183 Länder und die Europäische Gemeinschaft als Mitglieder angehören. Auf der Welternährungskonferenz von 1974 war von den teilnehmenden Regie-

3
rungen bekräftigt worden, „daß jeder Mann, jede Frau und jedes Kind das unantastbare Recht haben, frei von Hunger und Unterernährung zu sein, um ihre physischen und geistigen Fähigkeiten zu entfalten“. Die Konferenz hatte damals das Ziel formuliert, innerhalb von zehn Jahren das Problem von Hunger und Unterernährung aus der Welt zu schaffen. Diese Absicht blieb ein frommer Wunsch. So wiederholten die folgenden Weltversammlungen lediglich diese Ziele.

1996 versprach der Welternährungsgipfel in Rom in einem Aktionsplan, die Zahl der Hungernden bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Auf dem UN-Millenniumsgipfel vom September 2000 war nur noch die Rede davon, den an Hunger leidenden *Anteil* der Weltbevölkerung bis zu diesem Zeitpunkt zu halbieren. Wenn der gegenwärtige Trend fort dauert, wird dieses Ziel frühestens in 60 Jahren erreicht werden. Der für Anfang November 2001 in Rom geplante Welternährungsgipfel wurde auf Wunsch der italienischen Regierung aufgrund von Sicherheitsbedenken kurzfristig auf Juni 2002 verschoben.

Auch wenn die vergangene Bischofssynode vom Oktober 2001 allem Anschein nach kaum Fortschritte in drängenden innerkirchlichen Problemen wie etwa dem überzogenen römischen Zentralismus oder der Not der priesterlosen Gemeinden gebracht hat, so fanden die Bischöfe in ihrer „Botschaft an die Welt“ doch klare Worte über den Zusammenhang zwischen Terrorismus und weltweiter Ungerechtigkeit. In der Botschaft wird angeprangert, daß 1,2 Milliarden Menschen mit weniger als einem Dollar pro Tag überleben müssen. Mit Papst Johannes Paul II. sprechen die Bischöfe hier von „Strukturen der Sünde“: „Wie können wir dazu schweigen, daß nach wie vor unzählige Menschen in einer Zeit verhungern oder in äußerster Armut leben müssen, in der Möglichkeiten zu einer besseren Verteilung der Ressourcen wie nie zuvor zur Verfügung stehen?“

Wie schon während des Golfkriegs 1991 war es nach den Anschlägen vom 11. September 2001 möglich, in kurzer Zeit eine breite internationale Militärallianz gegen den Terrorismus zu schmieden. Auch die Finanzierung solcher Kriege scheint kein Problem zu sein. Warum gelingt es dann nicht, eine weltweite humanitäre Allianz gegen den Terror des Hungers und die extreme Armut zu bilden? Wenn schon von Politikern die Verteidigung der „westlichen Zivilisation“ beschworen wird, so müßte dies doch in erster Linie Verteidigung der Menschenrechte und vor allem des Grundrechts auf ein menschenwürdiges Leben für alle bedeuten.

Die Mechanismen der Weltwirtschaft müssen dem kategorischen Imperativ untergeordnet werden, den Hunger zu besiegen. Neben Entwicklungshilfe geht es dabei auch um eine Öffnung der landwirtschaftlichen Märkte und einen Abbau der Agrarsubventionen, die in den Industrieländern jährlich über 300 Milliarden Dollar betragen. Die wirksamste Antwort auf den Terrorismus ist nicht Krieg, sondern eine gerechte Weltordnung.

Martin Maier SJ